

Peter Meiwald

Ratsherr, Fraktionsvorsitzender
Leerer Strasse 18
26655 Westerstede-Moorburg
04488-8604071
peter.meiwald@ewetel.net

Jochen Gertjejanssen

Ratsherr
Seggerner Strasse 15
26655 Westerstede-Seggern
04488-529545
jochen@gertjejanssen.de

03.03.2008

B'90/Die GRÜNEN - Ratsfraktion Westerstede

Stadt Westerstede
Herrn Bürgermeister
Klaus Groß
Am Markt 2
26655 Westerstede

Sehr geehrter Herr Groß,

die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet in Weiterführung des Antrages der SPD-Fraktion im Kreistag und der Diskussion zum TOP 5 der Schulausschusssitzung vom 24.09.2007 um Vorlage des folgenden von unserer Fraktion konkretisierten Antrages in der nächsten Sitzung:

Einrichtung eines städtischen Fonds zur Unterstützung bedürftiger Schülerinnen und Schüler

Die Stadt Westerstede richtet einen Schulfonds ein, der bedürftigen Schülerinnen und Schülern aus der Stadtgemeinde Westerstede hilft, unter entwicklungs- und bildungsförderlichen Bedingungen die Schule zu besuchen.

- 1. Es werden Ausgaben von zunächst maximal 50 Euro pro Schuljahr für die Anschaffung von Schul- und Lern-Material sowie zur Teilnahme an Klassenaktivitäten gegen Vorlage von Originalquittungen erstattet.**
- 2. Außerdem wird SchülerInnen ab der 11. Klasse einer weiterführenden Schule auf Antrag ein Fahrtkostenzuschuss gewährt. Der Zuschuss soll sich nach der Höhe des Betrages richten, den die tatsächlichen Fahrtkosten den im Regelsatz vorgesehenen Betrag für Fahrten überschreiten.**

Anspruch auf Schulbeihilfen haben Schülerinnen und Schüler, deren Sorgeberechtigte ganz oder teilweise leben müssen von:

- Arbeitslosengeld II



- Sozialgeld
- Grundsicherung für Erwerbsunfähige und Rentner
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, sich direkt und über den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund beim Land Niedersachsen für die Einrichtung eines Landessozialfonds, durch den die kommunal geleistete Hilfe zumindest anteilig gegenfinanziert werden soll, und die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen einzusetzen.

Begründung:

Kinder armer Familien dürfen in ihren Zukunftschancen nicht zusätzlich dadurch benachteiligt werden, dass ihnen die nötige Ausstattung an Schulmaterialien fehlt. Die mit der Einführung von ALG II vorgesehenen Regelsätze für Kinder von Arbeitslosen decken den Bedarf an Schulmaterialien bei weitem nicht. Berechnungen aus Oldenburg gehen von im Schnitt 100 Euro pro Jahr und Schüler aus, die fehlen. Die Stadt Oldenburg hat wie auch andere Kommunen in Niedersachsen deshalb beschlossen, einen Schulfonds einzurichten, der sich bereits in der Umsetzungsphase befindet.

Ziel dieses Antrags ist nicht, das Land und den Bund aus seiner Verpflichtung gegenüber den Bedürftigen zu entlassen, sondern vielmehr kurzfristig eine Hilfestellung für die wirklich Bedürftigen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und mittelfristig eine mindestens hälftige Übernahme der entstehenden Kosten durch das Land zu erreichen.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen,

Peter Meiwald
Fraktionsvorsitzender